



Weiterhin angespannte Personalsituation an den Schulen Sachsen-Anhalts

Pressemitteilung des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt zum Schuljahresbeginn 2017/2018

Auch zum Schuljahr 2017/2018 ist es der neuen Landesregierung aus CDU, SPD und Grünen nicht gelungen, die im Koalitionspapier anvisierte Unterrichtsversorgung von 103% umzusetzen.

Angesichts einer über alle Schulformen landesweit durchschnittlichen Unterrichtsversorgung von etwa 101% kann sich der Philologenverband Sachsen-Anhalt nicht der allgemeinen und undifferenzierten Kritik an der momentanen Personalausstattung unserer Schulen anschließen. Ebenso wenig nachvollziehbar und als hässliche Begleiterscheinung des Bundestagswahlkampfes einzuordnen, sind die Rücktrittsforderungen an Minister Tullner aus einigen politischen Lagern. All diejenigen, die in der letzten Landesregierung bildungspolitisch verantwortlich, nahezu untätig für eine stetige Verschlechterung der Personalausstattung an unseren Schulen sorgten, schreien heute am lautesten nach mehr Personal, Geld und Flexibilität an unseren Schulen.

Im politischen Gezänk und Ringen um Wählerstimmen geht leider das ehrliche Bemühen des Bildungsministeriums um eine verlässliche Unterrichtsversorgung unter. Seit Mai 2016 konnten 930 neue Lehrkräfte ihren Dienst in unserem Bundesland antreten. Für das Schuljahr 2017/2018 wurden weitere 370 Stellen ausgeschrieben. Für über 50 Stellen fanden sich im Verfahren keine geeigneten Bewerber. Für die verbleibenden Stellen wurden vom Land über 400 Einstellungsangebote unterbreitet. Etwa 165 Stellenangebote ergingen an Bewerberinnen und Bewerber, die in unserem Bundesland erfolgreich ihren Vorbereitungsdienst absolviert haben, davon über 70 % an Absolventen, die im letzten Schuljahr ihre Ausbildung in Sachsen-Anhalt abschlossen. Aktuell sind 270 der 370 ausgeschriebenen Stellen besetzt. Die negativen Auswirkungen des bundesweiten Ringens um fehlende Lehrkräfte, geografisch weniger attraktive Schulstandorte etc., sind leider schlecht prognostizierbar und auch in Kürze durch geeignete Maßnahmen nicht zu kompensieren. Vordringlichste Aufgabe es ist daher, in den kommenden Wochen alle noch offenen Stellen bedarfsgerecht zu besetzen und durch geeignete Personalmaßnahmen für eine flächendeckende Unterrichtsversorgung über 100% zu sorgen.

Nach Recherchen des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt starten die Schulen unseres Landes am ersten Schultag schulformspezifisch sehr unterschiedlich versorgt in das neue Schuljahr. Grundschulen und Gymnasien können landesweit mit durchschnittlich etwa 102% Unterrichtsversorgung rechnen. Sekundarschulen, Gesamt- und Förderschulen werden auch in diesem Schuljahr wieder mit weniger als 100% in das neue Schuljahr starten und große Mühe haben, den Pflichtunterricht abzudecken. Zusatz- und Ganztagsangebote werden dem Vertretungsunterricht zum Opfer fallen. Nach wie vor am schlechtesten personell ausgestattet bleiben die Förderschulen unseres Landes mit etwa 97%.

Die Zahlen zur durchschnittlichen Unterrichtsversorgung spiegeln jedoch nicht die reale Situation an den Schulen in unserem Land wider. Es gibt über alle Schulformen hinweg regional gravierende Unterschiede in der Personalausstattung. Trotz intensiver Bemühungen des Referates Unterrichtsversorgung werden sich Schüler, Eltern und Lehrer auch im kommenden Schuljahr auf eine Vielzahl von Ausfallstunden einstellen müssen, vor allem im ländlichen Raum.

Geschönt werden die auf den ersten Blick gegenüber dem Vorjahr positiveren Zahlen zur Unterrichtsversorgung jedoch durch die Ende letzten Schuljahres ergriffen „effizienzsteigernden“ Maßnahmen, so der Wortlaut aus MF und BM. Dahinter verbirgt sich eine drastische Verringerung des Lehrkräftebedarfs an den Schulen aller Schulformen durch Stundenstreichungen, Erhöhungen der Faktoren der Schüler-Lehrerrelationen in den Primar- und Sekundarschulbildungsgängen sowie Kürzungen der Stundenzuweisungen im Bereich der AG-, Förder- und Ganztagsstunden in den gymnasialen Bildungsgängen. Dies alles, trotz drastisch gestiegener pädagogischer Anforderungen durch die zunehmende Heterogenität in allen Schulformen, die Integration von Migrantenkindern in die Regelbeschulung und die Zunahme von inklusiv zu beschulenden Schülerinnen und Schülern mit besonderen Förderschwerpunkten. Wir bezeichnen die Maßnahmen als Mogelpackung zur Verschleierung von Defiziten in der Personalausstattung unserer Schulen. Einig sind wir uns mit Finanzminister Schröder, dass mehr Kolleginnen und Kollegen zurück in die Unterrichtsräume unserer Schulen gebracht werden müssen. Ja, Pflichtaufgaben stehen vor der Tür. Wenn man die Pflichtstundentafel nicht absichern kann, sollte man überdenken, ob z.B. Stellen als Schulentwicklungsberater für Schulleitungen ausgeschrieben und besetzt werden müssen. Ebenso sollte man hinterfragen, ob man weiterhin personell am gescheiterten System der externen Schulevaluation festhält, statt diese gut qualifizierten Kolleginnen und Kollegen wieder in das System Schule zurückzuführen.

Kürzungen von Stundentafeln, Unterrichtsangeboten, sowie die Erhöhung der Schülerzahlen je Klasse oder Lerngruppe sind sicher statistisch effizienzsteigernd, aber pädagogisch der Weg in eine weitere bildungspolitische Sackgasse und damit schnellstens wieder zu korrigieren.

Statt sich im Bundestagswahlkampf gegenseitig der Unfähigkeit zu bezichtigen, sollten sich die Kenia-Koalitionäre ernsthaft Gedanken machen, ob mit dem gegenwärtigen Personalkonzept der demografischen Entwicklung in Hinblick auf Altersabgänge und steigenden Schülerzahlen erfolgreich entgegengewirkt werden kann. Aus Sicht des Philologenverbandes sind dringend Korrekturen der bisherigen Maßnahmen zur Bedarfsermittlung und der Personalentwicklung notwendig. Der entbrannte Streit über einen notwendigen Nachtragshaushalt zur Einstellung weiterer Lehrkräfte sollte einer konzertierten Aktion aller Regierungsparteien und Fraktionen zur Erhöhung der Einstellungszahlen weichen. Nur so lässt sich künftig eine verlässliche personelle Mindestausstattung von 103% erreichen.

Thomas Gaube
Landesvorsitzender des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt